

Was die Weltwirtschaftskrise mit der Bekämpfung von HIV und Aids zu tun hat



Aktionsbündnis gegen AIDS

www.aids-kampagne.de
Leben ist ein Menschenrecht!

Hintergrund

Die Weltwirtschaft steckt in einer Jahrhundertkrise. Ausgelöst durch den Zusammenbruch des US-amerikanischen Börsenmarktes Mitte vergangenen Jahres hat die Finanzkrise von 2008 mittlerweile zu einer globalen Rezession geführt, deren Talsohle noch nicht erreicht ist. Zunächst wirkten die Entwicklungsländer dabei wie unbeteiligte Zuschauer, da sie nur wenige Verbindungen zu dem von der Krise betroffenen Finanzsystem hatten. Doch jetzt wird deutlich, dass der schlimmste Wirtschaftsabschwung seit 80 Jahren gerade in den Ländern des Südens Millionen Menschen in eine Abwärtsspirale von Arbeitslosigkeit und Armut durch Einkommensverluste führt. Dies hat negative Folgen für die ohnehin schon bedrohliche Gesundheitssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen, und insbesondere für die von HIV/Aids betroffenen Menschen.

- Die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) schätzt, dass 94 der 116 Entwicklungsländer von der Krise bereits erfasst sind.
- Die Weltbank schätzt, dass die Zahl der extrem Armen, die täglich weniger als einen US-Dollar zur Verfügung haben, noch in diesem Jahr um weitere 53 Millionen ansteigen wird.

Warum?

Der Wirtschaftsabschwung führt weltweit zu einem enormen Verlust von Aufträgen und Arbeitsplätzen. Die Kehrseite davon ist ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) geht davon aus, dass bei gleich bleibender Tendenz mindestens 30 Millionen Menschen ihren Job verlieren werden. Verschlechtert sich die Situation, können es Ende 2009 mehr als 50 Millionen sein. Besonders betroffen sind die Länder, deren Wirtschaft in den letzten Jahren besonders schnell gewachsen ist, wie Brasilien, China, Südafrika.

Noch einmal so viele Menschen müssen damit rechnen, dass sich ihre Arbeitsbedingungen unter den Bedingungen der Krise massiv verschlechtern: das bedeutet eine Zunahme von gesundheitsgefährdender Arbeit zu Dumpinglöhnen unter dem Existenzniveau. So kann die Zahl der arbeitenden Armen (weniger als 2 US-\$ pro Tag) auf 1,4 Milliarden ansteigen. Von extremer Arbeitsarmut (weniger als 1,25 US-\$ pro Tag) wird dann nicht mehr jeder fünfte, sondern jeder Vierte betroffen sein.

Diese Entwicklung betrifft auch die Menschen in der Migration: Schon jetzt ist ein erheblicher Rückgang der lebenswichtigen Überweisungen von Migranten in ihre Heimatländer zu spüren – ein Einkommensverlust, der

nicht nur die Familien betrifft, sondern große Löcher in die Haushaltskassen von Gemeinden reißt. Diese Auswirkungen spüren vor allem Südasien und Subsahara-Afrika. Allein in den Ländern Afrikas südlich der Sahara werden die knapp 400 Millionen Armen weitere 18 Mrd. Dollar verlieren – das bedeutet einen Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens um 20 Prozent!

Nicht nur als eine Folge dieser Einkommensarmut wird der Hunger zunehmen – er ist weiterhin auch eine Ursache der lebensbedrohlichen Krise in Ländern des Südens. Denn die Nahrungsmittelkrise ist weiterhin akut und nicht nur die nationalen, auch die heimischen Lebensmittelpreise halten sich hartnäckig auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. So kostete Reis im Frühjahr 2009 fast 50 Prozent und Mais 43 Prozent mehr als im zehnjährigen Durchschnitt. Bei den gleichzeitig extrem gesunkenen Rohstoffpreisen bleiben sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene weitere Investitionen in die Landwirtschaft aus – und die Ernährungssicherheit wird immer weiter gefährdet.

Was bedeutet das für die HIV-Infizierten und ihre Familien?

In den betroffenen Haushalten bedeutet der Einkommensverlust direkt, dass weniger oder kein Geld für die nötigen Behandlungsmaßnahmen zur Verfügung steht. Begonnene Therapien werden abgebrochen, weil der Eigenanteil für die Medikamente oder auch der Transport zum Gesundheitszentrum nicht bezahlt werden können.

Auch die durch Armut erzwungene Entscheidung, entweder Medikamente oder Lebensmittel zu kaufen, ist für Menschen mit HIV und Aids fatal: Sie benötigen beides in ausreichendem Maße, denn unter der Behandlung von antiretroviralen Medikamenten wird die aufgenommene Nahrung im Körper viel schneller abgebaut. Bereits seit Ausbruch der Nahrungsmittelkrise stellen Ärzte gravierende Ernährungsprobleme bei den behandelten Menschen fest. Neuesten Berichten der Welternährungsorganisation (FAO) zufolge leiden vor allem Frauen und Kinder unter Hunger. Sie sind jedoch die am stärksten von HIV/Aids betroffenen Gruppen. Verschlechtert sich ihre Grundversorgung, steigt auch das Risiko erheblich, sich mit anderen Krankheiten – von Diarrhöe bis Tuberkulose – zu infizieren.

Welche Folgen hat die Krise für die Staatshaushalte in den Ländern des Südens?

Die Finanzmarktkrise des wohlhabenden „Nordens“ wird vor allem über den Rohstoffhandel in den „Süden“ transportiert. Während sich die Rohstoffpreise zwischen 2002 und Juli 2008 vervierfacht hatten, brachen sie ab Mitte letzten Jahres drastisch ein. Die Spekulationen verursachen hohe Schwankungen auf den Rohstoffmärkten. Da v.a. arme Entwicklungsländer von wenigen

Exportprodukten abhängen, bedeuten stark schwankende Preise (die „Volatilität“ des Marktes), dass den Staatshaushalten weniger heimische Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklungsplanung zur Verfügung stehen. Darunter leiden insbesondere der Bildungs- und der Gesundheitssektor.

Privatkapitalflüsse sind in den vergangenen Jahren rasant angewachsen und haben eine zunehmend wichtige Rolle in der Entwicklungsfinanzierung gespielt. Mit Fortschreiten der Wirtschaftskrise und Rückgang der Exportquoten gehen die ausländischen Direktinvestitionen jedoch drastisch zurück. Wirtschaftsexperten erwarten einen Rückgang der privaten Nettokapitalflüsse bis Ende 2009 um bis zu 80 Prozent – das sind rund 400 Milliarden US-Dollar weniger als 2007. Dabei steigt auch die Neuverschuldung der armen Länder gegenüber ihren Gläubigern an.

Auch wenn die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) der internationalen Gebergemeinschaft gegenüber privaten Investitionen an Bedeutung verloren hatte, ist sie für die Haushalte in Ländern niedrigen Einkommens und die staatliche Gesundheitsversorgung sehr wichtig. Umso gefährlicher für den verwundbaren Gesundheitsbereich ist der nun angekündigte Rückgang von Geberleistungen, mit der Begründung, dass auch deren Finanzkraft sinke. Die Weltbank schätzt, dass die Geber mit ihren Verpflichtungen von 2005 zur Erhöhung der Entwicklungshilfe schon jetzt um 40 Milliarden US-Dollar hinterherhinken. Doch die Geberstaaten müssen als Mitverursacher der Krise eine besondere Verantwortung für die Folgeschäden in den Entwicklungsländern übernehmen.

Was bedeutet das für den Gesundheitssektor weltweit?

Weltweit leben heute etwa 33 Millionen Menschen mit dem HI-Virus, die meisten von ihnen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Während im Jahr 2000 rund 200.000 Menschen mit den antiretroviralen Medikamenten behandelt wurden, waren es 2007 schon drei Millionen. Doch dieser Anstieg ist viel zu gering. Nach Angaben der Vereinten Nationen benötigen im Jahre 2010 weltweit mindestens 10 Millionen Menschen die rettenden Aids-Medikamente. Schon jetzt kommen auf zwei Aids-Kranke, die erstmals behandelt werden, fünf Menschen, die sich neu mit dem HI-Virus infizieren.

Immer noch sterben 15.000 Menschen täglich an HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria. Aber immer noch fehlen dem Globalen Fonds (GEF) fünf Mrd. US-Dollar, um seine Programme zur Bekämpfung der Epidemien und zur Behandlung von mindestens drei Millionen bedürftigen Menschen bis 2010 fortzuführen. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zeigen, dass die Infektionen schnell ansteigen können, während sich die Versorgung der benachteiligten Menschen verschlechtert. Bei dem gleichzeitigen drastischen Rückgang öffentlicher und privater Entwicklungsgelder weitet sich die Kluft zwischen den zur Verfügung gestellten und den dringend benötigten Finanzmitteln für Prävention, Therapie, Pflege und Betreuung.

Die unheilvolle Verkettung von Armut, Mangelernährung und Ko-Infektionen senkt vor allem die Lebenserwartung von Kindern. Die WHO fürchtet, dass als

Folge der Krise die weltweite Säuglingssterblichkeit jährlich zwischen 200.000 und 400.000 pro Jahr ansteigen wird. Fehlt im Gesundheitssektor das Geld zu einer flächendeckenden frühen Behandlung von HIV-infizierten Kindern, kann sich die Prognose schnell verdoppeln.

Experten warnen vor „post-ökonomischen Schocks“, d.h., dass ein negativer sozialer Trend auch nach Abklingen der eigentlichen Krise anhält. Hiervon werden vor allem die gesundheitsbezogenen Millenniumsziele (MDG 4, 5, 6) betroffen sein: Die bisherigen zähen Erfolge in der Bekämpfung der Kinder- und Müttersterblichkeit sowie der großen Epidemien, HIV/Aids, Tb und Malaria, werden auf Jahre hinaus durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bedroht sein. Es braucht also über 2010 hinaus hohe Investitionen in den Gesundheitsbereich und in die Stärkung der Gesundheitssysteme. Es braucht aber auch eine langfristige und vorhersagbare Entwicklungshilfe für Gesundheit (mindestens fünf Jahre).

Regierungen der Geberländer haben bewiesen, dass sie schnell und flexibel Milliardenbeträge bereitstellen können, um ihre eigenen Finanzinstitute zu retten. Damit die Schere zwischen Arm und Reich, Gesund und Krank, Nord und Süd nicht weiter auseinander geht, müssen die Geberländer ihre Versprechen einhalten und ihre Verpflichtungen umsetzen. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union sollten die Einhaltung der Mindestquote von 0,51 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2010 und 0,7 % bis 2015 gewährleisten. Die Bundesregierung hat zugesagt, trotz der Wirtschaftskrise im eigenen Land, die Entwicklungshilfegelder nicht zu kürzen. Sie sollte sich vor allem für eine deutliche Steigerung ihres Beitrags zur Bekämpfung der HIV-Epidemie einsetzen, um den Universellen Zugang zu HIV-Prävention, Behandlung und Betreuung bis 2010 zu erreichen.



Fazit

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zeigen, dass diese in den armen Ländern bestehende Defizite in der gesundheitlichen Versorgung verstärken und besonders die Menschen mit HIV und Aids lebensbedrohlich treffen. Deshalb wird es höchste Zeit, dass die globale Gesundheitskrise und in ihr die HIV/Aids-Epidemie als eine weitere Dimension der Krise anerkannt wird und die politischen Entscheidungsträger sich für eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung des Gesundheitsbereichs einsetzen.

Birte Rodenberg (rodenberg@aids-kampagne.de)